

Brüssel, den 9. Oktober 2020  
(OR. en)

11413/20

COSI 142  
JAIEX 88  
CORDROGUE 50  
CT 74  
COPS 306  
CRIMORG 74  
IXIM 97  
ENFOPOL 231  
ENFOCUSTOM 101  
CYBER 184  
JAI 765

#### VERMERK

---

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	9478/2/20 REV 2
Betr.:	Bericht an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit im Zeitraum Januar 2019 bis Juni 2020

---

Gemäß Artikel 71 AEUV und Artikel 6 Absatz 2 des Beschlusses 2010/131/EU des Rates zur Einsetzung des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) hält der Rat das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des Ständigen Ausschusses auf dem Laufenden.

Der vom COSI im Anschluss an die informelle Videokonferenz der Mitglieder des Ausschusses vom 23. September 2020 vereinbarte Bericht an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über seine Beratungen im Zeitraum Januar 2019 bis Juni 2020 ist in der Anlage wiedergegeben.

**Bericht an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen  
des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren  
Sicherheit (COSI) im Zeitraum Januar 2019 bis Juni 2020**

Inhalt

1.	Zusammenfassung .....	5
2.	Querschnittsthemen .....	11
	2.1 Zukunft der inneren Sicherheit der EU .....	11
	2.2 Technologische Entwicklungen und innere Sicherheit .....	13
	2.2.1 EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit.....	13
	2.2.2 Schlussfolgerungen des Rates zu neuartigen verwertbaren Informationen (NAI) .....	14
	2.3 Auswirkungen von COVID-19 auf die innere Sicherheit und Aufrechterhaltung der operativen Kontinuität.....	14
3.	Terrorismusbekämpfung.....	16
	3.1 Reaktion der EU auf den Terrorismus .....	16
	3.2 Informationen aus Kampfgebieten .....	17
	3.3 Rückführung von ausländischen terroristischen Kämpfern.....	17
	3.4 Gewaltbereiter Rechtsextremismus .....	18
	3.5 EU-Bedrohungsanalyse im Bereich Terrorismusbekämpfung .....	18
	3.6 CBRN-Bedrohung .....	18
	3.7 Bekämpfung des Antisemitismus: Sachstand und nächste Schritte .....	19
4.	EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität/EMPACT .....	20
	4.1 Umsetzung und Überprüfung des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität .....	21
	4.2 EU-SOCTA 2021 .....	21
	4.3 Unabhängige Bewertung .....	22
	4.4 Finanzierung .....	23
	4.5 Berichtsmechanismus .....	24
	4.6 Wahrnehmbarkeit .....	24
	4.7 Gemeinsame Aktionstage .....	25

5.	Organisierte und schwere internationale Kriminalität - thematischer Schwerpunkt.....	26
5.1	Verstärkung der Finanzermittlungen, einschließlich Vermögensabschöpfungsstellen .....	26
5.2	Illegaler Drogenhandel .....	27
5.3	Migrantenschleusung und Menschenhandel.....	28
5.4	Mafiöse organisierte Gruppen .....	29
5.5	Dokumentenbetrug .....	29
6.	Verknüpfung von Innerem und Äußerem.....	30
6.1	Zusammenwirken von GSVP und JI: Der Pakt für die zivile GSVP .....	30
6.2	Hybride Bedrohungen.....	30
7.	Zusammenarbeit mit den Partnern im Westbalkan.....	32
8.	Informationsmanagement .....	34
9.	Zoll: Größerer Beitrag der Zollbehörden zur inneren Sicherheit .....	36
10.	Schulungen .....	37
11.	Rolle der COSI-Unterstützungsgruppe.....	38
12.	Fazit .....	38
13.	Anlage I - Sitzungen des COSI und des COSI/PSK von Januar 2019 bis Juni 2020 .....	39
14.	Anlage II - Abkürzungen.....	40
15.	Anlage III - EMPACT - Allgemeines Informationsblatt über die operativen Aktionspläne 2019.....	42

Bei dem vorliegenden Bericht handelt es sich um den siebten Bericht an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente gemäß Artikel 71 AEUV und Artikel 6 Absatz 2 des Beschlusses 2010/131/EU des Rates zur Einsetzung des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI); in der letztgenannten Bestimmung ist vorgesehen, dass der Rat das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des Ständigen Ausschusses auf dem Laufenden hält.

In diesem Bericht werden die **Tätigkeiten des COSI** unter dem rumänischen, dem finnischen und dem kroatischen Vorsitz **zwischen Januar 2019 und Juni 2020** beschrieben.

## 1. ZUSAMMENFASSUNG

Unter dem Dreivorsitz Rumäniens, Finnlands und Kroatiens hat der COSI sein Mandat, **die Koordinierung der operativen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der inneren Sicherheit zu erleichtern, zu fördern und zu verstärken**, weiter erfüllt. In dieser Eigenschaft fungierte der COSI als Aufsichts-, Beratungs- und Beschlussfassungsgremium mit hochrangigen Vertretern und Sachverständigen aller EU-Mitgliedstaaten und erforderlichenfalls der einschlägigen JI-Agenturen, und er sorgte für die erforderlichen Synergien zwischen Polizei, Zoll, Grenzschutz und Justizbehörden sowie anderen relevanten Akteuren.

Unter dem Dreivorsitz verzeichnete der COSI viele Entwicklungen, Fortschritte und konkrete Ergebnisse, war aber auch mit den Herausforderungen im Hinblick auf die Bekämpfung der aktuellen COVID-19-Pandemie und den dadurch verursachten Schwierigkeiten und deren Bewältigung befasst.

Im Zeitraum von Januar 2019 bis Juni 2020 hat der COSI die Entwicklung und Weiterentwicklung mehrerer **horizontaler Aspekte** geleitet.

Die übergreifende Debatte über die **Zukunft der inneren Sicherheit der EU** war kennzeichnend für die Tätigkeiten des Ausschusses im Berichtszeitraum zur Umsetzung der Strategischen Agenda 2019-2024 im Bereich Justiz und Inneres. Sie wurde im ersten Halbjahr 2019 unter rumänischem Vorsitz eingeleitet<sup>1</sup>, unter finnischem Vorsitz im zweiten Halbjahr 2019 im Detail entfaltet und 2020 unter kroatischem Vorsitz weiterverfolgt. Zur Vorbereitung der Beratungen des Rates im zweiten Halbjahr 2019 fanden unter Federführung des COSI eine Reihe thematischer Aussprachen über einige horizontale Arbeitsschwerpunkte statt, darunter die Verbesserung des Rahmens für die operative Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, die Auswirkungen neuer Technologien und hybrider Bedrohungen auf die innere Sicherheit, die Rolle der JI-Agenturen der EU sowie das Informationsmanagement und die Automatisierung sowie Schulungen für Strafverfolgungsbehörden.

---

<sup>1</sup> Dok. 9393/19.

Im Dezember 2019 bestätigte der Rat die im Bericht des finnischen Vorsitzes<sup>2</sup> dargelegten horizontalen Arbeitsschwerpunkte, um eine Richtschnur für die künftigen Entwicklungen im Bereich der inneren Sicherheit zu geben. Die Stärkung des integrierten Sicherheitsansatzes mit Schwerpunkt auf einer verstärkten behördenübergreifenden und sektorübergreifenden Zusammenarbeit sowie das Eingehen auf die Notwendigkeit und die möglichen Mittel für die Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden in der gesamten Union im Hinblick auf den digitalen Wandel waren die Hauptthemen, wobei stets die Achtung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit die Grundlage bildete.

Die **Rolle der JI-Agenturen der EU** war ein Querschnittsthema bei einer Reihe von Schlüsselthemen wie technologische Entwicklungen und Auswirkungen disruptiver Technologien, Konsolidierung des Informationsmanagementrahmens für die innere Sicherheit mit Schwerpunkt auf der Verbesserung der Datenanalysekapazitäten sowie Stärkung des Rahmens für die operative Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung.

Der COSI hat sich mit den Herausforderungen befasst, mit denen die innere Sicherheit in einer zunehmend technologisch und digital gestützten Welt konfrontiert ist. Vor diesem Hintergrund muss die Strafverfolgung in der Lage sein, mit den betreffenden Entwicklungen Schritt zu halten. Im Rahmen der allgemeinen Überlegungen über die Zukunft der inneren Sicherheit der EU bekundeten die Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für die Schaffung eines **JJ-Innovationszentrums** bei Europol, wofür die Minister auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Oktober 2019 ein Mandat erteilt hatten. 2020 wurde der COSI ersucht, – auf der Grundlage des Mandats des Rates, einen umfassenden Schwerpunkt auf die innere Sicherheit zu legen – die wichtigsten Grundsätze für die Einrichtung des EU-Innovationszentrums für die innere Sicherheit zu bestätigen und umzusetzen: ein behördenübergreifender Ansatz, der sich auf die Komplementarität bestehender Fähigkeiten und Synergien zwischen diesen stützt, sowie auf Inklusivität und kollektive Verwirklichung, um den Bedürfnissen der Sicherheitsakteure gerecht zu werden und Möglichkeiten zur Innovationsförderung zu ermitteln.

Die **COVID-19-Pandemie** ist mit immensen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft verbunden und hat selbstverständlich Veränderungen für die Strafverfolgung und die innere Sicherheit mit sich gebracht. Seit Ausbruch der Pandemie hat der COSI seine Agenda rasch neu ausgerichtet, um die Auswirkungen der Pandemie auf die innere Sicherheit genau zu verfolgen und zu prüfen. Mit Unterstützung der JI-Agenturen wurde ein sehr gutes Lagebewusstsein für die Entwicklung der Kriminalitätslandschaft sichergestellt und regelmäßig überwacht. Die Aufrechterhaltung der operativen Kontinuität war der andere Aspekt, dem besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde; diesbezüglich sprachen die Mitgliedstaaten die eindeutige Aufforderung aus, einen EU-Rahmen für die operative Zusammenarbeit zu konsolidieren, EU-weite IT-Lösungen für eine verbesserte Konnektivität zu entwickeln und den Informationsaustausch in der Zukunft zu fördern.

---

<sup>2</sup> Dok. 14297/19.

Darüber hinaus hat der COSI die Entscheidungsfindung während der Pandemie weiterhin mittels alternativer Arbeitsmethoden überwacht, beraten und unterstützt, beispielsweise durch Anwendung schriftlicher Verfahren für die COSI-Unterstützungsgruppe und schriftliche Verfahren sowie Videokonferenzen mit den Delegationen für COSI-Sitzungen.

Die **Terrorismusbekämpfung** stand nach wie vor immer wieder vorrangig auf der Tagesordnung des COSI.

Neben der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der Terrorismusbekämpfung wurde den Entwicklungen in Bezug auf **ausländische terroristische Kämpfer** – einschließlich Rückkehrer – besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die von ihnen ausgehende potenzielle terroristische Bedrohung ist sowohl auf politischer als auch auf operativer Ebene Anlass zu großer Besorgnis. Der COSI erörterte die Grundzüge eines Verfahrens für die Eingabe von aus vertrauenswürdigen Drittländern stammenden Informationen über mutmaßliche ausländische terroristische Kämpfer in das SIS, was ein besseres Verständnis der bestehenden Möglichkeiten nach EU-Recht und nationalem Recht ermöglichte und wodurch Aspekte ermittelt werden konnten, bei denen weitere Straffungen möglich wären.

Neben eingehenden Beratungen der Sachverständigen in der Gruppe „Terrorismus“ im zweiten Halbjahr 2019 hat der COSI ferner zur Vorbereitung der Aussprache im Rat den Rahmen für eine straffere Reaktion auf den **gewaltbereiten Rechtsextremismus** konsolidiert; dies führte zur Annahme eines Grundschemas vorrangiger Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems.

Bei der Steuerung des **EU-Politikzyklus** zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität/EMPACT nahm der COSI weiterhin seine zentrale Rolle wahr. Gemäß dem Mandat des EU-Politikzyklus setzte der COSI mit Unterstützung durch seine Unterstützungsgruppe die Bewertung der Durchführung der operativen Aktionspläne fort, wobei die Teilnahme der Mitgliedstaaten und anderer Akteure beobachtet wurde, um ihr Engagement und die erforderliche Ausstattung mit finanziellen und personellen Mitteln sicherzustellen. Der Ausschuss setzte die halbjährliche Kontrolle der Fortschritte bei der Durchführung der operativen Aktionspläne (OAP) anhand der diesbezüglichen Erkenntnisse von Europol, der Berichte der Vorreiter und der nationalen EMPACT-Koordinatoren fort.

Während des Berichtszeitraums lag der Schwerpunkt auf der Vereinfachung des Berichterstattungsmechanismus, damit die Berichte über die Umsetzung der OAP straffer gestaltet werden und die Umsetzung besser überwacht werden kann. Im Februar 2020 wurde ein neuer Berichterstattungsmechanismus vorgelegt. In dem betreffenden Zeitraum hat der COSI auch den Weg für die Annahme der nächsten EU-SOCTA geebnet, in der die **Prioritäten der EU im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung für den Zeitraum 2022-2025** festgelegt werden. In diesem Zusammenhang erörterte und vereinbarte der COSI die **EU-SOCTA-Nutzeranforderungen**<sup>3</sup> sowie eine überarbeitete **EU-SOCTA-Methodik**<sup>4</sup>.

---

<sup>3</sup> Dok. 9038/1/19 REV 1.

<sup>4</sup> Dok. 13732/1/19 REV 1.

Ein weiterer Schwerpunkt wurde auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der **Wahrnehmbarkeit des EU-Politikzyklus** gelegt, um die soliden operativen Ergebnisse hervorzuheben, die bei der Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität erzielt wurden. Es wird ein **Kommunikationsfahrplan** entwickelt, um die Wahrnehmbarkeit von EMPACT langfristig zu verbessern. Um die operativen Ergebnisse des EU-Politikzyklus/EMPACT der Öffentlichkeit näherzubringen, wurden die **Informationsblätter** zu den operativen Ergebnissen<sup>5</sup> zusammen mit dem jährlichen **Werbevideo**<sup>6</sup> veröffentlicht.

In Bezug auf die **organisierte und schwere internationale Kriminalität** hat sich der COSI auf mehrere thematische Arbeitsschwerpunkte konzentriert. Es fand eine Orientierungsaussprache über die **Verbesserung der Finanzermittlungen** im Hinblick auf die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität statt, wobei die Notwendigkeit eines umfassenderen Ansatzes für Finanzermittlungen hervorgehoben wurde, der Maßnahmen zur Einziehung und Beschlagnahme von Vermögenswerten, zur Zusammenarbeit zwischen den zentralen Meldestellen (FIU) und zur Rolle von Europol bei dieser Zusammenarbeit sowie in Bezug auf Bargeld und virtuelle Zahlungen umfassen soll.

Vor dem Hintergrund dieser Aussprache fanden in der Gruppe „Strafverfolgung“ die Arbeiten zu den Schlussfolgerungen des Rates statt; diese wurden im Juni 2020 angenommen<sup>7</sup>.

Der COSI führte eine thematische Aussprache vor dem Hintergrund des **EU-Drogenmarktberichts 2019** und stellte fest, dass der Drogenmarkt in der EU immer komplexer, anpassungsfähiger und innovativer wird; dabei wurde hervorgehoben, dass die Politikschwerpunkte, die weiterentwickelt werden könnten, ermittelt werden müssen, um die Reaktion auf die sich ständig weiterentwickelnde Drogenhandelsszene zu verstärken. Die Bedrohung, die diese für die Sicherheit in Europa darstellt, und die damit für die Politikgestaltung und die Strafverfolgung verbundenen Herausforderungen wurden erörtert, wobei hervorgehoben wurde, dass dem illegalen Drogenhandel im Rahmen einer integrierten, ausgewogenen und faktengestützten Drogenpolitik, die auf Prognosen zurückgreift, erneuerte Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Auf der Grundlage der Leitlinien des COSI wurde die von der Gruppe „Strafverfolgung“ verstärkte Horizontale Gruppe „Drogen“ ersucht, konkrete Maßnahmen zu ermitteln, die ergriffen werden können, um die Reaktion der EU auf den illegalen Drogenhandel zu verbessern<sup>8</sup>. Im Mai 2020 billigte der COSI ein **strategisches und operatives Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Reaktion auf den Drogenhandel**<sup>9</sup>.

---

<sup>5</sup> Dok. 7623/20.

<sup>6</sup> <https://newsroom.consilium.europa.eu/embed/219485>

<sup>7</sup> Dok. 8605/20.

<sup>8</sup> Dok. 5756/20.

<sup>9</sup> Dok. 7743/20, das anschließend entsprechend Dok. COSI 7743/1/20 REV 1 überarbeitet wurde.



Die Verbesserung der **Reaktion auf Migrantenschleusernetze** war weiterhin ein vorrangiger Schwerpunkt der Arbeit des COSI.

Im Anschluss an die informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Justiz und Inneres vom 23. Januar 2020 führte der COSI einen Gedankenaustausch vor dem Hintergrund des gemeinsamen Berichts von Europol, Frontex und EASO über die **Bekämpfung der Schleusung von Migranten im Westbalkan**. Die Delegationen befürworteten die Entwicklung eines verstärkten Informationsaustauschs im Westbalkan, der sich an den bestehenden EU-Mechanismen orientieren könnte. Die verstärkte Präsenz von EU-Agenturen in der Region wurde in bestimmten Fällen als vorteilhaft erachtet, während die Notwendigkeit einer engeren Koordinierung zwischen den verschiedenen EU-Akteuren hervorgehoben wurde. Aufbauend auf den guten operativen Ergebnissen ermutigte der Ausschuss zu einem stärkeren Engagement der Partner im Westbalkan im Rahmen des EU-Politikzyklus/EMPACT.

Nach der Annahme des Pakts für die zivile GSVP wurden die Bemühungen um die Zusammenarbeit und die Stärkung der Synergien und der Komplementarität zwischen den zivilen GSVP-Strukturen und den JI-Akteuren fortgesetzt. Im Rahmen der **Verflechtung zwischen internem und externem Vorgehen** konzentrierten sich der COSI und das PSK in diesem Zeitraum auf die Umsetzung des Pakts für die zivile GSVP. Bislang wurden in gemeinsamen Sitzungen der JI-GSVP-Arbeitsgremien des Rates drei getrennte Minikonzepte zu den im Pakt ermittelten Sicherheits Herausforderungen vorgestellt, und die Arbeiten sind bereits gut vorangekommen. Der Minikonzept-Ansatz für die Operationalisierung des Pakts für die zivile GSVP durch konkrete Projekte und Pilotprojekte in Bezug auf die Aufgaben von Interesse wird allgemein befürwortet.

Auf die **hybriden Bedrohungen** ging der COSI in Form der Ergebnisse einer szenariobasierten politischen Diskussion ein, die auf der informellen Ministertagung im Juli 2019 in Helsinki stattfand. Die Delegationen waren sich darin einig, dass ein multisektoraler, nationaler und EU-seitiger Ansatz verfolgt werden sollte, und betonten die Rolle der EU-Agenturen bei der Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund dieser Beratungen führte der Rat im Oktober 2019 eine Orientierungsaussprache.

Die **Zusammenarbeit mit dem Westbalkan** stellte weiterhin eine **Priorität** dar, mit der sich der COSI befasste. Die Annäherung der Partner im Westbalkan an die operativen Standards und Mechanismen der EU ist für die Sicherheit Europas als Ganzes wichtig, wie vom kroatischen Vorsitz dargelegt wurde.

Das **Informationsmanagement** wurde vom COSI als eine der thematischen Debatten über die Zukunft der inneren Sicherheit behandelt. Im Interesse der Endnutzer forderten die Delegationen einen umfassenden politischen Rahmen für das Informationsmanagement, der den gesamten Datenkreislauf vom Zugang bis zu einem wirksamen Austausch und wirksamer Nutzung, Datenqualität, Datenanalyse, Automatisierung und Maßnahmen zur Gewährleistung strukturierter Fortschritte abdeckt. Der COSI bestätigte die Notwendigkeit einer weiteren Automatisierung, insbesondere im Zusammenhang mit der Analyse von Big Data (Massendaten). Die Verwirklichung der Interoperabilität wurde einhellig als absolute Priorität bezeichnet, wobei eine kontinuierliche Unterstützung durch die EU gefordert wurde, um nicht nur die technische Umsetzung zu bewältigen, sondern auch der Notwendigkeit, die erforderliche Mentalität für eine Praxisanwendung zu entwickeln, zu entsprechen. Einige mahnten an, mehr Vorsicht walten zu lassen, wenn die Interoperabilität auf dezentrale Systeme ausgeweitet wird, bevor die vollständige Umsetzung des Pakets gesichert ist.

**Die Verstärkung des Beitrags des Zolls zur inneren Sicherheit stand weiterhin im Zentrum der Aufmerksamkeit des Ausschusses.** Der COSI erörterte mögliche Wege zur weiteren Verstärkung dieser Zusammenarbeit, die für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität von entscheidender Bedeutung ist<sup>10</sup>. Die Delegationen betonten die positive Zusammenarbeit des Zolls mit dem EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität/EMPACT und sprachen sich für vertiefte Synergien mit dem 10. Zollaktionsplan aus.

In Bezug auf die **Schulung im Bereich der Strafverfolgung in der EU**, ein weiteres horizontales Thema der Debatten über die Zukunft der inneren Sicherheit, wurde die Entwicklung standardisierter Lehrpläne für Schulungsmaßnahmen in der ganzen EU unter Berücksichtigung der nationalen Unterschiede befürwortet und es wurden Vorschläge zur Festlegung von Qualitätszertifizierungsstandards gemacht. Die Weiterentwicklung der Austauschprogramme wurde einhellig befürwortet.

Der COSI wurde regelmäßig über den aktuellen Stand der Zusammenarbeit und Interaktion zwischen den JI-Agenturen unterrichtet, beispielsweise durch die Berichte über die Tätigkeiten des **Netzwerks der JI-Agenturen**. Europol und Eurojust führten 2019 bzw. 2020 den Vorsitz im Netzwerk.

Die **COSI-Unterstützungsgruppe** leistete erneut stabile Unterstützung bei der Erleichterung der Arbeit des COSI, insbesondere im Rahmen des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität. Sie hat Beratungen für den COSI vorbereitet, entweder durch Klärung bestimmter eher technischer Fragen oder durch Straffung und Vorbereitung der Beratungen für den COSI.

---

<sup>10</sup> Dok. 7664/1/20 REV 1.

## 2. QUERSCHNITTSTHEMEN

### 2.1 Zukunft der inneren Sicherheit der EU

Im Juni 2019 führte der Rat im Rahmen der gemeinsamen Überlegungen über die künftige Ausrichtung der inneren Sicherheit eine Orientierungsaussprache über die **Zukunft der Strafverfolgung in der EU**<sup>11</sup>.

Aufbauend auf der Strategischen Agenda der EU hat der finnische Vorsitz die Beratungen intensiviert, unter anderem durch eine Reihe thematischer Beratungen über verschiedene Aspekte von innerer Sicherheit, Migration und Justiz. Damit wurde angestrebt, die Beratungsergebnisse bis Ende des Jahres zu konsolidieren und den Standpunkt des Rates zur künftigen Ausrichtung im JI-Bereich zu bestätigen.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Herausforderungen und Bedürfnissen in Bezug auf die wirksame Durchführung der angenommenen Maßnahmen, technologische Entwicklungen, Informationsmanagement, Schulungen bei den Strafverfolgungsbehörden, operative Zusammenarbeit, die Rolle der JI-Agenturen der EU usw.

Die anschließenden Beratungen wurden im Juli 2019 in der informellen Sitzung des COSI zur Vorbereitung der informellen Tagung des Rates (Justiz und Inneres) damit eingeleitet, dass eine Reihe wichtiger Querschnittsthemen zur Sprache gebracht wurde. Thematische Beratungen fanden auch in den einschlägigen Arbeitsgruppen wie der Gruppe „Strafverfolgung“, der Gruppe „Terrorismus“ und der Gruppe für den Informationsaustausch (DAPIX IE bzw. IXIM) statt und wurden im COSI im Hinblick auf die Ministerdebatte weiter vorbereitet. Zu der Reihe von Themen, die ausführlich behandelt wurden, gehören die Verbesserung des Rahmens für die operative Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, die Auswirkungen neuer Technologien und hybrider Bedrohungen auf die innere Sicherheit, die Rolle der JI-Agenturen der EU, das Informationsmanagement und die Automatisierung sowie Schulungen für Strafverfolgungsbehörden.

Im Mittelpunkt einer von mehreren Aussprachen, mit denen der COSI im September 2019 befasst wurde, standen die neuen Technologien und die innere Sicherheit<sup>12</sup>. Dabei wurden die Auswirkungen technologischer Entwicklungen auf die Strafverfolgung dargelegt, und der COSI bekundete seine uneingeschränkte Unterstützung für die Schaffung eines **„Innovationszentrums für die innere Sicherheit“**; demnach sollten die Bedürfnisse der Strafverfolgung bei der Einführung neuer Technologien systematisch berücksichtigt werden.

---

<sup>11</sup> Dok. 9027/19.

<sup>12</sup> Dok. 12224/19.

Die Ergebnisse der verschiedenen thematischen Beratungen wurden in einem Bericht des Vorsitzes zusammengefasst, der dem Rat im Dezember 2019 vorgelegt wurde und in dem vier zentrale Fragen dargelegt wurden<sup>13</sup>.

Es wurde für einen **proaktiven Ansatz** der Strafverfolgungsbehörden **in Bezug auf neue Technologien** – mit Unterstützung durch das empfohlene Innovationszentrum – plädiert, wobei der Schwerpunkt auf der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Strafverfolgungsbehörden liegen sollte.

Es bedarf eines umfassenden Rahmens für ein **wirksames Informationsmanagement**, um sicherzustellen, dass alle notwendigen vorhandenen Informationen rasch und effizient zugänglich gemacht, verarbeitet, **analysiert** und ausgetauscht werden, sodass ein auf Erkenntnisse gestütztes Handeln ermöglicht wird.

Es wurde ferner befürwortet, den Rechtsrahmen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und das Mandat von Europol zu überprüfen, um sie an die aktuellen Gegebenheiten und künftigen Herausforderungen anzupassen; dabei wurde auf die **bereichsübergreifende grenzüberschreitende Zusammenarbeit** verwiesen.

Es wurde ein **umfassender Sicherheitsansatz** empfohlen, um damit den verschiedenen Bedrohungen der inneren Sicherheit zu begegnen. Es wurde betont, wie wichtig es ist, in allen relevanten Politikbereichen und im Verhältnis zwischen den einschlägigen Akteuren strategischer, koordinierter und kohärenter vorzugehen.

Während dieser Debatte herrschte breite Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit, vor dem Hintergrund eines sich ständig und rasch wandelnden Sicherheitsumfelds eine tragfähige Finanzperspektive für die JI-Agenturen der EU und insbesondere für Europol sowie eine angemessene Zuweisung von Ressourcen für die Prioritäten der inneren Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang nahmen die Delegationen Kenntnis vom Stand der Verhandlungen über den nächsten MFR 2021-2027<sup>14</sup> und waren sich darin einig, dass auf nationaler Ebene mit den Finanzministerien Kontakt aufgenommen werden muss, um sicherzustellen, dass die Notwendigkeit einer angemessenen Zuweisung von Mitteln für die Prioritäten der inneren Sicherheit bei den Verhandlungen über die allgemeine MFR-Verordnung berücksichtigt wird.

---

<sup>13</sup> Dok. 14297/19.

<sup>14</sup> Dok. 9034/19.

## 2.2 Technologische Entwicklungen und innere Sicherheit

### 2.2.1 EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit

Zur Vorbereitung der Aussprache des Rates über neue Technologien und innere Sicherheit<sup>15</sup> führte der Ausschuss im September 2019 im Rahmen der allgemeinen Überlegungen über die Zukunft der inneren Sicherheit der EU einen Gedankenaustausch. Die Delegationen unterstützten zwar die Einrichtung eines bei Europol angesiedelten **Innovationszentrums im Bereich Justiz und Inneres**, sie betonten aber auch, dass eine **angemessene Finanzierung** für seinen Betrieb sichergestellt werden muss. Der Rat erteilte im Oktober ein breit angelegtes Mandat zu diesem Zweck.

Um die Arbeiten zur Schaffung eines EU-Innovationszentrums voranzubringen, wurde der COSI im Februar 2020 ersucht, – auf der Grundlage des Mandats des Rates, einen umfassenden Schwerpunkt auf die innere Sicherheit zu legen – die Hauptgrundsätze für die Einrichtung des EU-Innovationszentrums für die innere Sicherheit<sup>16</sup> zu bestätigen: ein behördenübergreifender Ansatz, der auf Komplementarität und Synergien zwischen bestehenden Fähigkeiten gestützt ist, Inklusivität und kollektive Umsetzung, um den Bedürfnissen der Sicherheitsakteure gerecht zu werden und Möglichkeiten für künftige Entwicklungen zu ermitteln. Der Ausschuss betonte, dass das Betriebs- und Finanzmodell des Zentrums weiterentwickelt werden muss. Die einschlägigen JI-Agenturen wurden aufgefordert, Pilotprojekte vorzulegen, mit denen der Mehrwert eines behördenübergreifenden Ansatzes mithilfe des EU-Innovationszentrums aufgezeigt werden kann.

Der COSI veranstaltete im Mai 2020 eine informelle Video- und Telefonkonferenz, um die wichtigsten Grundsätze für die Einrichtung des EU-Innovationszentrums für die innere Sicherheit im Anschluss an die weitgehende Einigung über den Rahmen für das Zentrum auf der COSI-Sitzung vom Februar weiter zu präzisieren<sup>17</sup>.

Europol wird mit Unterstützung der Kommission die erforderlichen Verwaltungsvorkehrungen – einschließlich der Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für die Arbeitsweise der Lenkungsgruppe – koordinieren, damit der COSI sie billigen kann.

---

<sup>15</sup> Dok. 12224/19.

<sup>16</sup> Dok. 5757/20.

<sup>17</sup> Dok. 7829/20.

## 2.2.2 Schlussfolgerungen des Rates zu neuartigen verwertbaren Informationen (NAI)

Im Anschluss an die breite Unterstützung für die Initiative des Vorsitzes zu **neuartigen verwertbaren Informationen (NAI)**, die die Ministerinnen und Minister auf der informellen Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Januar 2019 bekundet hatten, führte der COSI einen Gedankenaustausch über die wichtigsten Komponenten des vom Vorsitz vorgelegten Konzepts<sup>18</sup>. Der COSI betonte, dass es dringend eines strafferen Verfahrens bedarf, um die Strafverfolgungsbehörden in der gesamten Union beim Verständnis, bei der Entwicklung und beim Einsatz von Technologien und Instrumenten im Bereich der digitalen Daten, einschließlich Forschungs- und Innovationsinitiativen, zu unterstützen. Europol legte als Folgemaßnahme zu dieser Debatte einen Fahrplan für die Entwicklung einer Plattform für den Wissensaustausch vor<sup>19</sup>, und der **Rat nahm im Juni 2019 Schlussfolgerungen an**<sup>20</sup>.

## 2.3 Auswirkungen von COVID-19 auf die innere Sicherheit und Aufrechterhaltung der operativen Kontinuität.

Der COSI hat im Frühjahr 2020 die **Auswirkungen von COVID-19 auf die innere Sicherheit** und die Aufrechterhaltung der operativen Kontinuität der Strafverfolgung in den Mittelpunkt seiner Agenda gerückt<sup>21</sup>. Die betreffende Aussprache erfolgte nach der informellen Videokonferenz der Innenministerinnen und -minister vom April 2020, bei der die Sicherheitsaspekte der Krise hervorgehoben wurden.

Die COVID-19-Pandemie hat zu Veränderungen und neuen Trends bei der schweren und organisierten Kriminalität geführt, und zwar nicht nur in der EU, sondern weltweit. Nach Lockdowns und Beschränkungen für grenzüberschreitende Reisen haben sich kriminelle Vereinigungen an die neuen Gegebenheiten angepasst und schneiden ihre Tätigkeiten auf die Besonderheiten der Pandemie zu. Sie haben ihre Online-Präsenz massiv erhöht und auf Opfer und Kunden im Internet, in sozialen Netzwerken und im Darknet ausgerichtet. Die Pandemie und die Lockdowns selbst haben kriminellen und betrügerischen Aktivitäten im Zusammenhang mit Medizinprodukten und medizinischen Dienstleistungen neue Impulse verliehen. Bei den kriminellen Aktivitäten hat unter den neuen Gegebenheiten wegen COVID-19 eine zügige Anpassung an die Nachfrage auf dem globalen Markt stattgefunden.

Infolge der Krise hat die Union ihre Kapazitäten mobilisiert, um sicherzustellen, dass die Entwicklung der Kriminalitätslandschaft und die Auswirkungen von COVID-19 auf die innere Sicherheit kontinuierlich überwacht werden, um Entwicklungen vorwegzunehmen und Gegenmaßnahmen zu treffen.

---

<sup>18</sup> Dok. 9035/19.

<sup>19</sup> Dok. 13731/19.

<sup>20</sup> Dok. 9720/19.

<sup>21</sup> Dok. 7828/20.

In diesem Zusammenhang besteht die noch offensichtlichere Notwendigkeit, Strafverfolgungs- und Justizbehörden mit Fähigkeiten auszustatten, die an das neue Umfeld angepasst sind. Es besteht akuter Bedarf an flexiblen und robusten IT-Lösungen, einer Steigerung des Niveaus in neuen Fachgebieten und angemessenen finanziellen Ressourcen. Die Aufrechterhaltung der operativen Kontinuität war ein weiterer Aspekt, dem besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Während der Ausgangsbeschränkungen wurde die Kontinuität der operativen Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs aufrechterhalten, wo immer IT-Lösungen, Verbindungen zwischen Behörden und sichere Kommunikationskanäle zur Verfügung standen. Die Mitgliedstaaten fordern für die Zukunft nachdrücklich die Konsolidierung eines EU-Rahmens für die operative Zusammenarbeit, die Entwicklung EU-weiter IT-Lösungen für mehr Konnektivität und die Förderung des Informationsaustauschs.

### 3. TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Auch wenn in den Jahren 2019 und 2020 ein Rückgang bei der Anzahl und den Auswirkungen von Terroranschlägen zu verzeichnen war, steht die Terrorismusbekämpfung nach wie vor ganz oben auf der Agenda des COSI, wobei zur Abwehr dieser Bedrohung der inneren Sicherheit der EU ein bereichsübergreifender Ansatz erforderlich ist.

#### 3.1 Reaktion der EU auf den Terrorismus

Zur Vorbereitung der Aussprache des Rates im Frühjahr 2019 hat der COSI eine Bestandsaufnahme der seit 2015 bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus auf EU-Ebene erzielten Fortschritte vorgenommen<sup>22</sup> und mögliche Ausrichtungen für künftige Maßnahmen aufgezeigt. Das Europäische Parlament (EP) spielte als eines der beiden Gesetzgebungsorgane eine wichtige Rolle nicht nur bei der Annahme zahlreicher legislativer Dossiers, sondern auch bei der umfassenden Arbeit des Sonderausschusses Terrorismus<sup>23</sup>, die im Dezember 2018 zur Annahme eines umfassenden Berichts über die Terrorismusbekämpfung führte; der Bericht enthielt unter anderem 227 Empfehlungen für die künftige Arbeit in diesem Bereich. Der Vorsitz hat einen Reflexionsprozess über das weitere Vorgehen in diesem Bereich eingeleitet, wobei berücksichtigt wurde, dass das Jahr 2019 für die EU mit vielen Veränderungen verbunden war, die sich auf die Politik der inneren Sicherheit der EU – auch in Bezug auf die Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus – auswirken könnten.

Der Ausschuss führte einen Gedankenaustausch, bei dem er feststellte, dass die angenommenen Maßnahmen durchgeführt und praktische Defizite behoben werden müssen. Darüber hinaus betonte er die Notwendigkeit, die Verbindungen zu vertiefen und die Verknüpfung von innerer und äußerer Sicherheit im Bereich der Terrorismusbekämpfung weiterzuentwickeln.

---

<sup>22</sup> Dok. 5569/19.

<sup>23</sup> Dok. WK 15093/2018.



### 3.2 Informationen aus Kampfgebieten

Das PSK und der COSI haben die Frage der **Informationen aus Kampfgebieten** auf der Grundlage eines Dokuments und einer Präsentation des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung<sup>24</sup> erörtert. Im Mittelpunkt des Austauschs stand die Notwendigkeit, die Verfügbarkeit von Informationen aus Kampfgebieten für drei Zwecke zu beschleunigen: Grenzkontrollen, Ermittlungen und Strafverfolgung. Die Delegationen begrüßten die Fortschritte, die seit den letzten Beratungen im Juli 2017 erzielt wurden, und betonten den bereichsübergreifenden Charakter der Erhebung und Nutzung von Informationen aus Kampfgebieten, bei denen eine Reihe von Akteuren und Aspekten eine Rolle spielen: Militär, Strafverfolgung und Justiz.

### 3.3 Rückführung von ausländischen terroristischen Kämpfern

Die Lage in Bezug auf die ausländischen terroristischen Kämpfer – einschließlich Rückkehrer – und die von ihnen ausgehende potenzielle terroristische Bedrohung hat sowohl auf politischer als auch auf operativer Ebene Anlass zu großer Besorgnis gegeben. Nach dem Militäreinsatz der Türkei im Nordosten Syriens und angesichts der nach wie vor instabilen Lage in dieser Region sind die Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen unentdeckten Rückkehr mutmaßlicher ausländischer terroristischer Kämpfer immer akuter geworden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass nichteuropäische ausländische terroristische Kämpfer entdeckt werden, wenn sie versuchen, die EU-Außengrenzen zu überschreiten, und dass Maßnahmen ergriffen werden, sobald Erkenntnisse über die Identität mutmaßlicher nichteuropäischer ausländischer terroristischer Kämpfer eingehen. Der COSI führte einen Gedankenaustausch über den Entwurf eines Verfahrens für die Eingabe von aus vertrauenswürdigen Drittstaaten eingehenden Informationen über mutmaßliche ausländische terroristische Kämpfer in das SIS<sup>25</sup>; dies ermöglichte ein besseres Verständnis der nach dem Unionsrecht und dem nationalen Recht bestehenden Möglichkeiten sowie die Ermittlung von Aspekten, bei denen weitere Straffungen möglich wären.

---

<sup>24</sup> Dok. 6336/19 EU RESTRICTED/RESTREINT UE + ADD 1 EU  
RESTRICTED/RESTREINT UE + ADD 2.

<sup>25</sup> Dok. 7741/20.

### 3.4 Gewaltbereiter Rechtsextremismus

Es wurde als zeitgerecht und relevant erachtet, diese Debatte nach den jüngsten Anschlägen, die durch diese Form des Terrorismus motiviert waren, im Hinblick auf eine politische Aussprache auf hoher Ebene voranzubringen. Zur Vorbereitung der Aussprache im Rat im Dezember 2019 und im Anschluss an die Beratungen in der Gruppe „Terrorismus“ betonte der COSI, dass die Entwicklungen in Bezug auf gewalttätigen Rechtsextremismus und Terrorismus beobachtet und aufgezeichnet werden müssen<sup>26</sup>. Bei dem Gedankenaustausch traten die unterschiedlichen Ansätze in den Mitgliedstaaten zutage, die dazu führen könnten, dass nur ein unvollständiges und unzureichendes Bild der Bedrohungslage zur Verfügung steht; als Priorität erachtet wurden ferner die Rolle des Internets und die Notwendigkeit, eingehender darüber nachzudenken, wie gegen terroristische Propaganda im Internet – ungeachtet der ihr zugrunde liegenden Ideologie – vorgegangen werden kann.

### 3.5 EU-Bedrohungsanalyse im Bereich Terrorismusbekämpfung

Gemäß dem festgelegten Verfahren<sup>27</sup> billigte der COSI jedes Halbjahr die Empfehlungen der EU-Bedrohungsanalyse im Bereich Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene<sup>282930</sup>. In den Empfehlungen vom Mai 2019 wurde unter anderem betont, dass gegen den politisch oder ideologisch motivierten gewalttätigen Extremismus und Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen vorgegangen werden muss, auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft.

### 3.6 CBRN-Bedrohung

Der COSI begrüßte die Ausführungen der Kommission zur Reaktion der EU auf CBRN-Risiken und zum möglichen weiteren Vorgehen, insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung des berichteten erhöhten Risikos in Bezug auf den potenziellen Einsatz chemischer und biologischer Waffen.

---

<sup>26</sup> Dok. 12225/19.

<sup>27</sup> Dok. 13414/1/17 REV 1.

<sup>28</sup> Dok. 9044/1/19 REV 1.

<sup>29</sup> Dok. 13709/1/19 REV 1.

<sup>30</sup> Dok. 7740/20.

### 3.7 Bekämpfung des Antisemitismus: Sachstand und nächste Schritte

Nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019 auf eine Synagoge in Halle (DE) unterrichtete die Kommission den Ausschuss über die laufenden Arbeiten in diesem Bereich. Im Anschluss an die Erklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus und die Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts zum besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa, die der Rat am 6. Dezember 2018 gebilligt hatte<sup>31</sup>, hat die Kommission unter Beteiligung der Mitgliedstaaten und der jüdischen Gemeinschaften eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Erklärung des Rates eingesetzt. Zur Unterstützung der Umsetzung wurden im Rahmen des „ISF – Polizei“ Mittel bereitgestellt.

---

<sup>31</sup> Dok. 15213/18.

#### **4. EU-POLITIKZYKLUS ZUR BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN UND SCHWEREN INTERNATIONALEN KRIMINALITÄT/EMPACT**

2010 hat die EU einen vierjährigen Politikzyklus eingeführt, der die Kontinuität bei der Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität gewährleisten soll. Dieser wurde zum wichtigsten Rahmen für die unionsweite operative Zusammenarbeit, um gegen die größten kriminellen Bedrohungen der inneren Sicherheit auf EU-Ebene vorzugehen.

Eines der Hauptmerkmale des EU-Politikzyklus besteht darin, dass er integriert und bereichsübergreifend ist, da er die sich ergänzenden Beiträge aller Akteure der verschiedensten Bereiche und Behörden nutzt und auf eine Linie bringt und unterschiedliche Instrumente und Tätigkeiten zusammenführt, um gegen die für die EU prioritären Kriminalitätsbereiche vorzugehen<sup>32</sup>.

Mit diesem bereichsübergreifenden Ansatz werden ansonsten nur mühsam zu überwindende Hindernisse wie beispielsweise die Unterschiede bei den Zuständigkeiten, Aufgabenbereichen und Arbeitsmethoden der verschiedenen Akteure, die auf nationaler und EU-Ebene und im Rahmen des innenpolitischen und auswärtigen Handelns beteiligt sind, abgebaut und wird dem komplexen, grenzüberschreitenden Charakter der schweren und organisierten Kriminalität Rechnung getragen, zu deren wirksamer Bekämpfung ein breites Spektrum von Instrumenten und Konzepten erforderlich ist.

Die Erfolge des EU-Politikzyklus manifestieren sich in den soliden operativen Ergebnissen (Anlage III)<sup>33</sup>, die die Vorreiter des operativen Aktionsplans regelmäßig melden und die auch durch die gemeinsamen Aktionstage erzielt werden. Ebenso wichtig ist, dass die Zusammenarbeit zwischen den etablierten Strukturen auf nationaler und EU-Ebene durch den EU-Politikzyklus eine neue Dimension erhalten hat, wobei sich Möglichkeiten eröffneten, um ausgehend von seinem bereichsübergreifenden Aufbau neue Ansätze zu entwickeln.

2019 wurden greifbare Ergebnisse erzielt: 8 000 Festnahmen einschließlich signifikanter Zielpersonen, Identifizierung von über 1 400 Opfern von Menschenhandel und Kinderpornografie im Internet, Prävention von Betrug zulasten der Interessen der EU (400 Mio. EUR), Beschlagnahme und Einfrieren von Vermögen aus Straftaten (77 Mio. EUR) und Beschlagnahme von 75 Tonnen Drogen und Chemikalien und 6 000 Feuerwaffen<sup>34</sup>.

---

<sup>32</sup> Dok. 14884/1/18 REV 1.

<sup>33</sup> Dok. 7623/20

<sup>34</sup> <https://www.consilium.europa.eu/media/44281/information-note-empact.pdf>

#### 4.1 Umsetzung und Überprüfung des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität

Der COSI spielt eine zentrale Rolle bei der Lenkung des EU-Politikzyklus. Gemäß dem Mandat des EU-Politikzyklus<sup>35</sup> bewertet der COSI eingehend die Durchführung der operativen Aktionspläne, einschließlich der Teilnahme der Mitgliedstaaten und anderer Akteure, um deren Engagement und die erforderliche Ausstattung mit finanziellen und personellen Mitteln sicherzustellen. Der Ausschuss kontrolliert die Fortschritte bei der Durchführung der operativen Aktionspläne zweimal jährlich anhand der diesbezüglichen Feststellungen von Europol, der Berichte der Vorreiter und der nationalen EMPACT-Koordinatoren<sup>36</sup>.

Vor allem wurde während des Dreivorsitzes in Bezug auf die Umsetzung des EU-Politikzyklus anerkannt, dass der Berichterstattungsmechanismus aktualisiert werden muss, damit eine weitere Straffung der Berichte über die Umsetzung des operativen Aktionsplans gewährleistet ist<sup>37</sup>. Dem wurde Folge geleistet, und im Februar 2020<sup>38</sup> wurde ein neuer Berichterstattungsmechanismus vorgelegt, der später ausführlich erläutert wird. Ferner wurden die hervorragenden operativen Ergebnisse sowie die verstärkte Zusammenarbeit mit Partnern/Ländern außerhalb der EU, das Reifen des EU-Politikzyklus sowie dessen Effizienz und Erfolg vorgestellt.

#### 4.2 EU-SOCTA 2021

In den Schlussfolgerungen des Rates zur Fortsetzung des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität 2018-2021<sup>39</sup> wurde Europol zusammen mit den Mitgliedstaaten, der Kommission und anderen JI-Agenturen mit der Ausarbeitung der Nutzeranforderungen für die EU-SOCTA 2021 beauftragt, die der COSI vor Juli 2019 bestätigen sollte und die er im Mai 2019 gebilligt hat<sup>40</sup>.

---

<sup>35</sup> Dok. 14884/1/18 REV 1.

<sup>36</sup> Dok. 8686/19.

<sup>37</sup> Dok. 9036/19.

<sup>38</sup> Dok. 5002/20.

<sup>39</sup> Dok. 7704/17.

<sup>40</sup> Dok. 9038/1/19 REV 1.

Bei der Bewertung der EU-SOCTA 2017 und ihrer Methodik hatten die Mitgliedstaaten und Europol mehrere Verbesserungen vorgeschlagen. Das Dokument über die Nutzeranforderungen für die EU-SOCTA 2021 enthält Aktualisierungen und Vorgaben für die Aktualisierung der **Methodik für die EU-SOCTA 2021** wie die Aufnahme der Umfeldanalyse zwecks Ermittlung von Trends und Anfälligkeiten bei der Datenerhebung und -analyse. Die überarbeitete EU-SOCTA-Methodik 2021<sup>41</sup> wurde vom COSI im Januar 2020 gebilligt.

#### 4.3 Unabhängige Bewertung

Wie in den Schlussfolgerungen des Rates zur Fortsetzung des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität 2018-2021<sup>42</sup> gefordert, wurde eine unabhängige Bewertung<sup>43</sup> des EU-Politikzyklus 2018-2021 eingeleitet, deren Ergebnisse in den nächsten EU-Politikzyklus einfließen sollen.

Mit der Bewertung soll insgesamt festgestellt werden, ob und in welchem Umfang der EU-Politikzyklus 2018-2021 einschließlich der EU-SOCTA sein übergeordnetes Ziel erreicht hat, die größten Bedrohungen der EU durch die schwere und organisierte Kriminalität kohärent und methodisch anzugehen, indem die Zusammenarbeit zwischen allen einschlägigen Akteuren gefördert wird<sup>44</sup>; ferner sollen in der Bewertung konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der nächsten EU-Politikzyklen vorgeschlagen werden.

Die unabhängige Bewertung wird einen Überblick über die bisherigen Erfolge und die während des Zyklus 2018-2021 aufgetretenen Schwierigkeiten sowie deren Ursachen bieten. Sie wird bewährte Verfahren und konkrete Maßnahmen in Form von umsetzbaren Empfehlungen zur Straffung und Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz der nächsten EU-Politikzyklen herausarbeiten<sup>45</sup>.

Die Mitgliedstaaten und die JI-Agenturen werden auf verschiedene Weise an der Bewertung beteiligt, unter anderem durch Fragebögen und Interviews sowie gegebenenfalls durch Studienbesuche und, falls dies für notwendig erachtet wird, durch andere Kontrollmöglichkeiten.

---

<sup>41</sup> Dok. 13732/1/19 REV 1.

<sup>42</sup> Dok. 10993/19.

<sup>43</sup> Dok. 7704/17.

<sup>44</sup> Dok. 15358/10.

[https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/117583.pdf](https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/117583.pdf)

<sup>45</sup> Dok. 11163/19.

Im Juli 2019 wurden die Delegationen der COSI-Unterstützungsgruppe gebeten, einen Gedankenaustausch über die im Kommissionsdokument enthaltenen Hauptelemente der Bewertung sowie über die im Dokument dargelegten Aspekte der Kontrolle der Bewertung zu führen. Infolgedessen wurde zur Unterstützung der Bewertung eine beratende Gruppe eingesetzt, und das Kommissionsdokument wurde anhand der schriftlichen Bemerkungen im Anschluss an die Sitzung der COSI-Unterstützungsgruppe überarbeitet<sup>46</sup>.

Der COSI-Unterstützungsgruppe wurde im April 2020 ein Arbeitspapier vorgelegt, und die Delegationen nahmen die vorläufigen Ergebnisse der Bewertungsstudie und die bis April 2020 durchgeführten Tätigkeiten zur Kenntnis<sup>47</sup>. Die Bewertung verläuft trotz der COVID-19-Pandemie weiterhin planmäßig.

#### 4.4 Finanzierung

Es wurden kontinuierliche Anstrengungen zur Straffung der Finanzierung des EU-Politikzyklus unternommen. Im Mai 2019 führten die Delegationen der COSI-Unterstützungsgruppe einen Gedankenaustausch über die Ergebnisse und Empfehlungen des 3. Seminars der Sachverständigengruppe zur Finanzierung; darin wurden Aspekte angegeben, die ihres Erachtens Vorrang erhalten sollten und vom COSI weiter zu bearbeiten sind.

2019 wurden vom EMPACT-Gesamthaushaltsplan in Höhe von 4 Mio. EUR 3 Mio. EUR hohen Zuschüssen und 1 Mio. EUR niedrigen Zuschüssen zugewiesen<sup>48</sup>. Im Anschluss an die Beratungen in der COSI-Unterstützungsgruppe vom September über das vorgeschlagene Budget für 2020 wurde vereinbart, für hohe Zuschüsse angesichts der sehr guten Mittelausschöpfungsquoten und Flexibilität mehr Mittel zuzuweisen.<sup>49</sup> Außerdem erhielt im Anschluss an die Beratungen im COSI der horizontale Schwerpunkt Dokumentenbetrug erstmals eine direkte Finanzierung in Höhe von 100.000 EUR. Der COSI wird die Mittelzuweisung weiterhin überwachen. Der COSI nahm Kenntnis von einer substanziellen spezifischen Finanzierung durch andere Organe/Agenturen/Netze der EU<sup>50</sup>, die das Engagement dieser Partner, die EMPACT zu unterstützen, deutlich macht.

---

<sup>46</sup> Dok. 11163/1/19 REV 1.

<sup>47</sup> Dok. WK 4357/20.

<sup>48</sup> Dok. 10992/19.

<sup>49</sup> Dok. 10992/1/19 REV 1.

<sup>50</sup> Dok. 7409/1/20 REV 1.

#### 4.5 Berichtsmechanismus

Im Februar 2020 wurde den Delegationen ein überarbeiteter Entwurf des **Berichtsmechanismus**<sup>51</sup> für den EU-Politikzyklus 2018-2021 vorgelegt, der sich auf die Empfehlungen der nationalen EMPACT-Koordinatoren stützt, die diese in einer speziellen, von Europol ausgerichteten Gruppensitzung am 26. Juni 2019 und bei einem Workshop während der Sitzung der nationalen EMPACT-Koordinatoren am 30. Oktober 2019<sup>52</sup> ausgesprochen hatten.

Die Delegationen erörterten das überarbeitete Dokument im Hinblick auf seine Annahme, und es bestand allgemeiner Konsens über das neue Muster für die Planung und Berichterstattung, das als benutzerfreundlicher und rationeller betrachtet wurde<sup>53</sup>.

#### 4.6 Wahrnehmbarkeit

Außerdem erteilte der COSI im Mai 2018 Vorgaben für eine Stärkung der Identität des EU-Politikzyklus und nahm Empfehlungen an, um ausgehend von den Überlegungen und Erörterungen der nationalen Medienkontaktstellen der Mitgliedstaaten die Kommunikation über den EU-Politikzyklus/EMPACT<sup>54</sup> zu verbessern. Die Empfehlungen wurden im überarbeiteten Mandat des EU-Politikzyklus umgesetzt<sup>55</sup>, und unter gebührender Berücksichtigung der Bemerkungen der nationalen EMPACT-Koordinatoren<sup>56</sup> wurde der COSI-Unterstützungsgruppe im Mai 2020 das weitere Vorgehen hinsichtlich der Umsetzung der Medienempfehlungen vorgestellt.<sup>57</sup> Anhand der eingegangenen Beiträge empfahl die Gruppe, eine **Kommunikationsstrategie** auszuarbeiten, die EMPACT langfristig noch stärker bekannt machen würde.<sup>58</sup>

Eine weitere Maßnahme zur stärkeren Bekanntmachung des EU-Politikzyklus und der greifbaren Ergebnisse der operativen Aktionspläne sowie der Arbeit des COSI und der COSI-Unterstützungsgruppe besteht darin, dass die **Informationsblätter**<sup>59</sup> über die Ergebnisse zusammen mit dem **jährlichen Werbevideo**<sup>60</sup> veröffentlicht werden.

---

<sup>51</sup> Dok. 5002/20.

<sup>52</sup> Dok. WK 12513/19.

<sup>53</sup> Dok. 5002/1/20 REV 1.

<sup>54</sup> Dok. 7909/18.

<sup>55</sup> Dok. 14884/1/18 REV 1.

<sup>56</sup> Dok. WK 4395/20.

<sup>57</sup> Dok. 7434/20.

<sup>58</sup> Dok. 7434/1/20 REV 1.

<sup>59</sup> Dok. 7623/20.

<sup>60</sup> <https://newsroom.consilium.europa.eu/videos/127612-empact-2019-results-20200602>



#### 4.7 Gemeinsame Aktionstage

In der Sitzung der COSI-Unterstützungsgruppe vom November 2019 zogen die Delegationen eine Bilanz der gemeinsamen Aktionstage 2019 anhand der von Europol vorgelegten Bewertung und erteilten strategische Vorgaben zu den Zielen und Prioritäten im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, die bei den gemeinsamen Aktionstagen 2020 berücksichtigt werden sollten<sup>61</sup>.

Entsprechend den strategischen Vorgaben des COSI einigten sich die Delegationen anhand des von Europol im Benehmen mit FRONTEX erstellten Vermerks auf den Entwurf des Konzepts der Gemeinsamen Aktionstage 2020<sup>62</sup>.

---

<sup>61</sup> Dok. 13737/19.

<sup>62</sup> Dok. 5619/20 EU RESTRICTED.

## **5. ORGANISIERTE UND SCHWERE INTERNATIONALE KRIMINALITÄT - THEMATISCHER SCHWERPUNKT**

### 5.1 Verstärkung der Finanzermittlungen, einschließlich Vermögensabschöpfungsstellen

Im Anschluss an zwei vorbereitende Beratungen in der Gruppe „Strafverfolgung“ im Januar und Februar 2020 führte der COSI am 21. Februar 2020 eine thematische Aussprache über die Annahme eines umfassenderen Ansatzes für Finanzermittlungen, der Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung und -einziehung, zur Zusammenarbeit zwischen den zentralen Meldestellen (FIU) und zur Rolle von Europol bei dieser Zusammenarbeit sowie zu Bargeld und virtuellen Zahlungen umfasst. Infolgedessen beauftragte der COSI die Gruppe „Strafverfolgung“ mit der Ausarbeitung eines Entwurfs von **Schlussfolgerungen des Rates**, die vom COSI im Mai 2020 weiter erörtert und vom Rat im Juni 2020 gebilligt werden sollten<sup>63</sup>.

In der endgültigen Fassung der Schlussfolgerungen des Rates wird hervorgehoben, dass die Zusammenarbeit und Synergien bei der Durchführung von Finanzermittlungen und beim Austausch von Finanzinformationen zwischen FIU, Vermögensabschöpfungsstellen, Zollbehörden, Steuerbehörden und Strafverfolgungsbehörden verbessert werden müssen.

Des Weiteren wird die Kommission in den Schlussfolgerungen aufgefordert, in Erwägung zu ziehen, den Rechtsrahmen für die Verwaltung von Vermögensgegenständen, die im Hinblick auf ihre etwaige spätere Einziehung<sup>64</sup> sichergestellt worden sind, zu stärken, das Prinzip der Vorausplanung der Beschlagnahme einzubeziehen und den Vermögensabschöpfungsstellen zusätzliche Befugnisse – beispielsweise die Befugnis, in dringenden Fällen vorsorglich Vermögensgegenstände vorübergehend sicherzustellen, um ihre Beiseiteschaffung zu verhindern – zu erteilen. Außerdem wird die Kommission ersucht, in Erwägung zu ziehen, den Rechtsrahmen weiter zu stärken, um die nationalen zentralen Bankkontenregister zu vernetzen, in Erwägung zu ziehen, ob eine weitere Verbesserung des Rechtsrahmens für virtuelle Vermögenswerte erforderlich ist, oder erneut Gespräche mit den Mitgliedstaaten über die Notwendigkeit gesetzlicher Barzahlungsbeschränkungen auf EU- Ebene aufzunehmen.

---

<sup>63</sup> Dok. 8927/20 und CM2664/20 Erklärung Österreichs und Italiens.

<sup>64</sup> Einziehungsrichtlinie (2014/42), Artikel 10 Absatz 2.

## 5.2 Illegaler Drogenhandel

In der Sitzung der Gruppe „Strafverfolgung“ vom Februar, zu der die Horizontale Gruppe „Drogen“ eingeladen war, legte der Vorsitz ein Diskussionspapier zur Bekämpfung des Drogenhandels vor. Im Mittelpunkt stand die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Partnern im Westbalkan, aber auch der größere Zusammenhang kam zur Sprache, wie die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen DEA und den Strafverfolgungsbehörden lateinamerikanischer Länder.

Danach führte der COSI eine thematische Aussprache vor dem Hintergrund des EU-Drogenmarktberichts 2019, in der hervorgehoben wurde, dass der Drogenpolitik auf der politischen Agenda höhere Priorität eingeräumt werden muss. Die Delegationen waren sich darin einig, dass das Ausmaß der Bedrohung der Sicherheit der EU dafür spricht, der Drogensituation auf politischer Ebene wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken, und dass die Maßnahmen zur Unterbindung des illegalen Drogenhandels im Rahmen einer integrierten, ausgewogenen und faktengestützten Politik intensiviert werden sollten. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Strafverfolgungs-, Justiz-, Zoll- und Steuerbehörden sollte intensiviert werden. Um den gesamten Zyklus krimineller Aktivitäten zu durchbrechen, sollten folgende Faktoren mehr im Vordergrund stehen: die wichtigsten Drogenumschlagplätze, die Nutzung des Darknet und von Postdiensten, die Forensik, die neuen Technologien, Finanzermittlungen, die Einziehung von Erträgen und das gezielte Vorgehen gegen die Hintermänner. Die EU sollte zu ihren Nachbarn und zu den Ländern an den wichtigsten Handelsrouten stärkere internationale Partnerschaften aufbauen. Der COSI beauftragte die Horizontale Gruppe „Drogen“, die von der Gruppe „Strafverfolgung“ verstärkt wird, herauszuarbeiten, mit welchen Maßnahmen die EU besser gegen den illegalen Drogenhandel vorgehen kann.

Im Mai 2020 **billigte** der COSI **ein strategisches und operatives Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Vorgehens gegen den Drogenhandel.**<sup>65</sup>

---

<sup>65</sup> Dok. 7743/20, überarbeitete Fassung Dok. 7743/1/20 REV 1.

### 5.3 Migrantenschleusung und Menschenhandel

Die Delegationen führten einen Gedankenaustausch über den Stand<sup>66</sup> der Durchführung eines umfassenden und operativen Maßnahmenpakets für ein verstärktes Vorgehen gegen Schleusernetze<sup>67</sup>, bei dem sie die Bedeutung des Themas betonten und nachdrücklich befürworteten, die verschiedenen operativen Fragen anzugehen, die in der Aussprache behandelt worden waren.

Der COSI zog eine Bilanz<sup>68</sup> des derzeitigen Engagements der EU auf der östlichen Mittelmeerroute zur Bekämpfung der Migrantenschleusung. Es bestand allgemeine Unterstützung dafür, die Fähigkeiten und die Vorsorge der EU zu verstärken, und die ausgezeichneten Ergebnisse im Rahmen des EU-Politikzyklus/EMPACT FII fanden allgemeine Anerkennung.

Nach den Beratungen auf der informellen Tagung der Justiz- und Innenminister vom 23. Januar 2020 führten die Delegationen einen Gedankenaustausch anhand des gemeinsamen Berichts von Europol, Frontex und des EASO über die Bekämpfung der Migrantenschleusung in den westlichen Balkanstaaten<sup>69</sup>. Die Delegationen unterstützten grundsätzlich die Entwicklung eines Systems für einen verbesserten Informationsaustausch in den westlichen Balkanstaaten, z. B. nationaler biometrischer Registrierungs-/Datenaustauschsysteme über Asylbewerber und irreguläre Migranten nach dem Vorbild von EURODAC, sowie die weitere Einführung von SIENA. Die verstärkte Präsenz der EU-Agenturen in der Region wird in bestimmten Fällen als nützlich betrachtet, es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass eine engere Koordinierung zwischen den verschiedenen EU-Akteuren erforderlich ist. Aufbauend auf den positiven operativen Ergebnissen legte der Ausschuss ein stärkeres Engagement der Partner im Westbalkan im Rahmen des EU-Politikzyklus/EMPACT nahe. Der COSI forderte die Kommission und die einschlägigen Agenturen erneut auf, sich gemäß der Stellungnahme des EDSB mit der Frage der Funktion der Überwachung der sozialen Medien nach der Einstellung des EASO-Programms zu befassen.

Der COSI nahm die jährliche Risikobewertung von FRONTEX für 2020 zur Kenntnis. Auf der Grundlage festgestellter Bedrohungen und Schwachstellen im Grenzmanagement hat Frontex gemeinsame operative Tätigkeiten zur Verhütung, Aufdeckung und Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität an den Außengrenzen und in benachbarten Drittländern geplant und durchgeführt. Diese wohl überlegten gemeinsamen Maßnahmen werden mittel- und langfristig durchgeführt, wo dies erforderlich und wirksam ist.

---

<sup>66</sup> Dok. 13439/19.

<sup>67</sup> Dok. 15250/18.

<sup>68</sup> Dok. 13974/19.

<sup>69</sup> Dok. 5312/20.

Der Aufbau der ständigen Reserve und die operativen Tätigkeiten von Frontex wie der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den für die Grenz- und Küstenwache zuständigen europäischen Stellen und die Ausweitung der Zusammenarbeit mit Drittländern beruht auf einem integrierten europäischen Grenzmanagement.

Die Kommission hat der COSI-Unterstützungsgruppe den im Dezember 2018 veröffentlichten zweiten Fortschrittsbericht<sup>70</sup> gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer vorgelegt. Im Bericht wurde hervorgehoben, dass der Menschenhandel innerhalb der EU zugenommen hat und die Migrationsströme verstärkt für den Menschenhandel genutzt werden. Der Bericht wurde auch in den Sitzungen des CATS und des SAEGA sowie in der Auftaktsitzung zum operativen Aktionsplan Menschenhandel vorgestellt.

#### 5.4 Mafiöse organisierte Gruppen

Im September 2019 legte die italienische Delegation dem COSI ein Diskussionspapier über die Bedrohung vor, die von immer aktiveren Organisationen ausgeht, die durch die „strukturelle Flexibilität“ und „Transnationalität“ ihrer Handlungen gekennzeichnet sind. Insbesondere wurde auf die Ndrangheta hingewiesen, und mehrere Diskussionspunkte wurden vorgelegt.

Die Delegationen nahmen das Papier zur Kenntnis.

#### 5.5 Dokumentenbetrug

Dokumentenbetrug war nach wie vor eine bereichsübergreifende Bedrohung und EMPACT-Priorität, da er viele andere Kriminalitätsformen möglich macht. Aber insbesondere an den Grenzen stellt er eine ernste Bedrohung der inneren Sicherheit dar, die nicht auf irreguläre Migration beschränkt ist.

Im Rahmen der Kernkompetenz von Grenzschutzern erweiterte Frontex ihren Daten-/Informationsaustausch in einem speziellen Risikoanalysenetzwerk und erstellte neue EDF-Dashboards über Dokumentenbetrug für Analysten der EU-Mitgliedstaaten, sorgte durch jährliche Risikoanalysen mit Schwerpunkt auf Dokumentenbetrug für ein Lagebewusstsein auf strategischer Ebene und arbeitete mehrere themenbezogene Handbücher aus.

Darüber hinaus gewährleistete der COSI mit erstmals speziell für diese bereichsübergreifende Priorität bereitgestellten Mitteln mehrere operative und technische Maßnahmen, die von Europol und der mit Dokumentenbetrug befassten Hochrangigen Gruppe unterstützt wurden.

---

<sup>70</sup> Dok. 15677/18 + ADD 1.

## 6. VERKNÜPFUNG VON INNEREM UND ÄUßEREM

### 6.1 Zusammenwirken von GSVP und JI: Der Pakt für die zivile GSVP

Das PSK und der COSI befassten sich erneut mit dem Pakt für die zivile GSVP, vor allem mit dessen Umsetzung. Der EAD informierte die Delegationen im Februar 2019 über den neuesten Stand beim gemeinsamen Aktionsplan EAD/KOM und bei den laufenden Bemühungen zur Stärkung des Zusammenwirkens von GSVP und JI und betonte, dass den nationalen Umsetzungsplänen eine Schlüsselrolle zukommt. Der EAD wies darauf hin, dass er auf eine Zusammenarbeit mit der Kommission, Europol, Frontex und CEPOL im Hinblick auf die Ausarbeitung eines umfassenden Aktionsplans hinwirkt, der auch die Möglichkeit in Betracht ziehen würde, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Akteuren von GSVP und JI zu entwickeln. Die Mitgliedstaaten waren sich darin einig, dass der Pakt effektiv umgesetzt und die Akteure von GSVP und JI enger zusammenarbeiten müssen.

Was die Umsetzung des zivilen Pakts anbelangt, bestand allgemeine Unterstützung für den Ansatz des Mini-Konzepts zur praktischen Durchführung des zivilen Pakts durch konkrete Projekte und Modellvorhaben bei den Missionen von Interesse. Das PSK und der COSI erörterten anhand eines Dokuments des EAD ein mögliches Pilotprojekt in Niger zur Koordinierungsplattform betreffend die organisierte Kriminalität (OCCP)<sup>71</sup>. Dabei zeigte sich, dass eine Reihe von Fragen geklärt werden muss, bevor über ein solches Projekt entschieden wird.

### 6.2 Hybride Bedrohungen

Der Ausschuss begrüßte den Bericht des Vorsitzes<sup>72</sup> sowie eine Präsentation der Ergebnisse einer szenariobasierten Orientierungsaussprache, die auf der informellen Ministertagung im Juli 2019 in Helsinki stattgefunden hat. Die Delegationen waren sich darin einig, dass ein bereichsübergreifender, nationaler und europäischer Ansatz verfolgt werden sollte. Die Delegationen hoben auch die Rolle der EU-Agenturen bei der Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedstaaten hervor. In Anbetracht der Erörterungen wurde im Oktober 2019 im Rat eine Orientierungsaussprache abgehalten.

---

<sup>71</sup> Dok. WK 10339/19.

<sup>72</sup> Dok. 12226/1/19 REV 1.

Der COSI und das PSK berieten anhand eines Diskussionspapiers des Vorsitzes<sup>73</sup> gemeinsam über die Abwehr hybrider Bedrohungen. Es bestand weitgehend Übereinstimmung bei den Delegationen hinsichtlich des Anwendungsbereichs und der Notwendigkeit eines EU-Ansatzes in diesem Bereich, der auch die Einführung interner und externer Instrumente erfordert. Hervorgehoben wurde die Rolle der GSVP-Missionen bei der Bewältigung hybrider Bedrohungen in ihrem Einsatzgebiet.

---

<sup>73</sup> Dok. WK 10276/19.

## 7. ZUSAMMENARBEIT MIT DEN PARTNERN IM WESTBALKAN

Die verstärkte Zusammenarbeit mit den Partnern im Westbalkan gehörte zu den Hauptprioritäten des kroatischen Vorsitzes und stellte ein Querschnittsthema in einer Reihe von Beratungen auf Gruppenebene und im COSI über wichtige Bereiche der inneren Sicherheit wie illegale Drogen, Migrantenschleusung und operative Zusammenarbeit dar.

In Anbetracht der komplexen Überschneidungen zwischen Sicherheitsbedrohungen, einschließlich des illegalen Drogenmarktes und der OK-Gruppierungen, wurde befürwortet, dass eine notwendige Maßnahme zur Bekämpfung des **illegalen Drogenhandels** und der illegalen Tätigkeiten von OK-Gruppierungen darin bestehen sollte, die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Partnern im Westbalkan weiter auszubauen, und es wurde empfohlen, dies über den EU-Politikzyklus/EMPACT zu erreichen, der eine multidisziplinäre Plattform für das gezielte Vorgehen in bestimmten Regionen und gegen bestimmte OK-Gruppierungen bietet. Auch andere Aspekte wurden dem COSI vorgelegt, z. B. die Idee, die operative Zusammenarbeit zwischen Polizei, Grenzschutz und Zollbehörden der Mitgliedstaaten und von Drittländern und insbesondere der Partner im Westbalkan weiter zu verstärken und dem Westbalkan mehr europäisches Know-how in Form technischer Unterstützung und von Unterstützung bei der Überwindung organisatorischer, gesetzgeberischer und verfahrenstechnischer Hindernisse bereitzustellen.

Nach den Beratungen auf der informellen Tagung der Justiz- und Innenminister vom 23. Januar 2020 führten die Delegationen einen Gedankenaustausch anhand des gemeinsamen Berichts von Europol, Frontex und des EASO über die Schleusung von Migranten im Westbalkan (5312/20).



Die Delegationen unterstützten grundsätzlich die Entwicklung eines Systems für einen verbesserten Informationsaustausch in den westlichen Balkanstaaten, z. B. nationaler biometrischer Registrierungs-/Datenaustauschsysteme über Asylbewerber und irreguläre Migranten nach dem Vorbild von EURODAC, sowie die weitere Einführung von SIENA. Die verstärkte Präsenz der EU-Agenturen in der Region wird in bestimmten Fällen als nützlich betrachtet, es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass eine engere Koordinierung zwischen den verschiedenen EU-Akteuren erforderlich ist. Aufbauend auf den positiven operativen Ergebnissen legte der Ausschuss ein stärkeres Engagement der Partner im Westbalkan im Rahmen des EU-Politikzyklus/EMPACT nahe. Frontex setzt sich weiter für eine langfristige Zusammenarbeit mit den Partnern im Netz für die Risikoanalyse in den westlichen Balkanstaaten ein. Diese Zusammenarbeit verschafft ein aktuelles Lagebewusstsein und verbesserte Analysekapazitäten, die als Orientierungshilfe für die besten strategischen und operativen Reaktionen auf gemeinsame Bedrohungen dienen können. Der COSI forderte die Kommission und die einschlägigen Agenturen erneut auf, sich gemäß der Stellungnahme des EDSB mit der Funktion der Überwachung der sozialen Medien nach der Einstellung des EASO-Programms zu befassen.

## 8. INFORMATIONSMANAGEMENT

Im zweiten Halbjahr 2019 hat der finnische Vorsitz im Rahmen der laufenden Überlegungen über die Zukunft der inneren Sicherheit eine eingehende Diskussion über dieses Thema initiiert<sup>74</sup>.

Die Mitgliedstaaten betonten, dass das **Informationsmanagement** weiterhin auf der Tagesordnung des Rates stehen sollte, wobei im Vordergrund steht, dass der gesamte Datenzyklus vom Zugang über den effektiven Austausch und die Verwendung von Daten geprüft werden muss, damit ein systematischer Ansatz gewährleistet ist. Außerdem hoben die Mitgliedstaaten auf die Sichtweise der Endnutzer für weitere Entwicklungen sowie die Bedeutung einer umfassenden Nutzung der vorhandenen (rechtlichen und technischen) Instrumente ab. Thematisiert wurde auch eine stärkere Rolle von Europol als Informationszentrum. Es wurde bestätigt, dass die Automatisierung von entscheidender Bedeutung ist, um die zunehmenden Datenströme zu bewältigen, wobei die Standardisierung eine Vorbedingung darstellt.

Im November 2019 hielt eu-LISA vor dem COSI einen Vortrag zum Thema „**Künstliche Intelligenz** beim Betriebsmanagement von IT-Großsystemen“<sup>75</sup>; die Teilnehmer reagierten positiv, mitunter mit recht langwierigen Beiträgen. Es wurden mehrere Ideen vorgebracht, so z. B. dass in bestimmten Bereichen unionsweit gemeinsame Algorithmen entwickelt werden müssten, wobei die Standardisierung eine erste Priorität darstellt. Es wurde mehrfach auf das zuvor erörterte Innovationszentrum bei Europol Bezug genommen. Ferner wurde betont, dass erst nach der Behandlung dieser Punkte in der Sachverständigengruppe politische Entscheidungen über die Annahme von Maßnahmen getroffen werden sollten. Insgesamt wurde die Rolle gewürdigt, die die KI sowohl aus strategischer als auch aus praktischer Sicht für die innere Sicherheit spielen kann, und es wurde anerkannt, dass dieser Bereich vorbehaltlich eines strengen Garantierahmens weiter sondiert werden muss.

---

<sup>74</sup> Dok. 13510/19.

<sup>75</sup> Dok. 12783/19.

Die beiden neuen **Interoperabilitätsverordnungen** ((EU) 2019/817 und (EU) 2019/818) sind am 11. Juni 2019 in Kraft getreten, und die Umsetzung dieser Verordnungen war eine der Topprioritäten des finnischen Vorsitzes. Die operativen Verfahren und die Auswirkungen der Interoperabilität auf die Endnutzer (die Behörden der Mitgliedstaaten) sind wichtige Themen und müssen in den Ratsstrukturen erörtert werden, damit ein optimaler operativer Mehrwert des Interoperabilitätsrahmens erzielt werden kann. Dem COSI wurde im September 2019 ein Papier des Vorsitzes vorgelegt, in dem die verschiedenen Aspekte der Umsetzung der neuen Interoperabilitätsverordnungen skizziert wurden; dem COSI wurden mehrere Aspekte vorgelegt, die im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Verordnungen genauer definiert werden müssten. Die Debatte machte deutlich, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die verschiedenen Phasen der Umsetzung der Rechtsvorschriften über die Interoperabilität anzugehen.

Es bestand allgemeines Einvernehmen darüber, dass der Interoperabilitätsrahmen noch rascher umgesetzt werden könnte, wenn der COSI über den Stand der Umsetzung und die möglicherweise zu klärenden Fragen auf dem Laufenden gehalten wird.

## **9. ZOLL: GRÖßERER BEITRAG DER ZOLLBEHÖRDEN ZUR INNEREN SICHERHEIT**

Während des Berichtszeitraums war die Zusammenarbeit mit den Zollbehörden weiterhin eine der Prioritäten des COSI. Der Ausschuss nahm die Annahme der aktualisierten Strategie für die künftige Zusammenarbeit zwischen Zoll und Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis. Anhand des Diskussionspapiers<sup>76</sup> zog der COSI eine Bilanz der umfangreichen Bemühungen des Vorsitzes um die Steigerung des Beitrags des Zolls zur inneren Sicherheit und erörterte mögliche Vorgehensweisen für eine weitere Verstärkung dieser Zusammenarbeit, die im Rahmen der festgelegten Zuständigkeiten und im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften zu erfolgen hat und für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität als ausschlaggebend erachtet wird. Es wurde festgestellt, dass Frontex Erfolge beim Zusammenführen von Grenzschutz, Zoll und Polizei im Rahmen der operativen Tätigkeiten von Frontex zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität erzielt hat.

Die Präsenz der Zollbehörden im Rahmen von EMPACT hat stetig zugenommen, und 2020 waren die Zollbehörden an zehn Maßnahmen der operativen Aktionspläne für 2020 und an der gemeinsamen Leitung zweier dieser Maßnahmen beteiligt<sup>77</sup>. Die Delegationen betonten die positive Zusammenarbeit des Zolls mit dem EU-Politikzyklus und sprachen sich für weiterreichende Synergien mit dem Aktionsplan im Zollbereich aus. In der Sitzung der Gruppe „Zusammenarbeit im Zollwesen“ vom 26. November 2019 wurde ein Fahrplan für die Einbeziehung des Zolls in die SOCTA vorgelegt.

Der COSI prüfte die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit im Rahmen der operativen Aktionspläne des EU-Politikzyklus und des 10. Aktionsplans der Gruppe „Zusammenarbeit im Zollwesen“, durch die Synergien erzielt werden können, und billigte das vorgeschlagene weitere Vorgehen<sup>78</sup>.

---

<sup>76</sup> Dok. 13975/19.

<sup>77</sup> Dok. 7069/20.

<sup>78</sup> Dok. 7664/1/20 REV 1.

## 10. SCHULUNGEN

Abschließend wurden in den thematischen Diskussionen über die Zukunft der inneren Sicherheit der EU die von den einschlägigen EU-Agenturen durchgeführten Schulungen im Bereich der Strafverfolgung erörtert. Im November 2019 führte der COSI im Rahmen der Beratungen über die Zukunft der inneren Sicherheit der EU eine lebhaft und engagierte Debatte über Schulungen im Bereich der Strafverfolgung<sup>79</sup>. Es bestand allgemeines Einvernehmen, dass Schulungen von strategischer Bedeutung sind und mehr in sie investiert werden muss, insbesondere in Bezug auf neue Technologien. Die Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass in Bereichen wie Cyberkriminalität und Interoperabilität mehr Schulungen erforderlich sind.

Breite Unterstützung fand die Entwicklung standardisierter Lehrpläne für Schulungsmaßnahmen in der gesamten EU, bei denen den nationalen Unterschieden Rechnung zu tragen ist, und es wurden Vorschläge zur Festlegung von Qualitätszertifizierungsstandards gemacht. Einhellig befürwortet wurde die Weiterentwicklung von Austauschprogrammen, auch für Studierende, wobei auf bestehende Beispiele verwiesen wurde wie die gegenseitigen Schulungsmaßnahmen von FR und ES und das Austauschprogramm zwischen BG und DE. Eine Delegation rief erneut dazu auf, im Innovationslabor eine Säule „Ausbildung“ zu schaffen, und forderte in diesem Sinn die CEPOL auf, bei F&E eine größere Rolle zu spielen und engere Verbindungen zu den Hochschulen herzustellen.

Es wurde gefordert, die CEPOL angemessen zu finanzieren und ihr Mandat erforderlichenfalls dahingehend zu aktualisieren, dass zusätzliche Aufgaben einschließlich der Beteiligung an grundlegenden Schulungen aufgenommen werden.

Die Bemühungen im Bereich der Ausbildung müssen erfasst werden, um Überschneidungen zu vermeiden und die europäischen, regionalen und nationalen Schulungsmaßnahmen zu koordinieren. Es bestand allgemeines Einvernehmen darüber, dass bei Schulungen im Bereich der Strafverfolgung im Hinblick auf ein größeres Problembewusstsein stärker mit Zoll und Justiz zusammengearbeitet werden muss.

Abschließend betonte der Vorsitz, dass Schulungen strategische Bedeutung zukommt, gemeinsame zentrale Lehrpläne ausgearbeitet werden müssen, die Weiterentwicklung der Austauschprogramme nützlich ist und CEPOL und FRONTEX eine wichtige Rolle spielen<sup>80</sup>.

---

<sup>79</sup> Dok. 13973/19.

<sup>80</sup> Frontex spielt eine wesentliche Rolle beim Ausbau und bei der Harmonisierung der Ausbildung der im Grenzschutz beschäftigten Personen, indem sie gemeinsame Standards und bewährte Verfahren zur Bewältigung der aktuellen und sich abzeichnenden Herausforderungen an den Außengrenzen fördert. Mit den Schulungsprogrammen von Frontex wird die stellenübergreifende Zusammenarbeit fortgesetzt und werden moderne Arbeitsmethoden gefördert, wobei die neuesten IT-Großsysteme und modernste Technologien integriert werden, die die im Grenzschutz tätigen Personen in die Lage versetzen, die relevanten Informationen und Erkenntnisse zu sammeln und proaktiv gegen potenzielle Risiken und Bedrohungen für die gemeinsame innere Sicherheit vorzugehen.

## - Netz der JI-Agenturen

Der Ausschuss nahm Kenntnis von den Ausführungen des EIGE zu den Tätigkeiten des Netzwerks der JI-Agenturen<sup>81</sup> im Jahr 2018 und von Europol zu den Topprioritäten des Netzwerks der JI-Agenturen im Jahr 2019, wobei der Schwerpunkt auf Interoperabilität, IKT, Cybersicherheit und Innovation lag. Ein Jahr später stellte Europol die wichtigsten Tätigkeiten des Netzes der JI-Agenturen im Jahr 2019<sup>82</sup> und Eurojust die wichtigsten Prioritäten für 2020 vor.

### 11. ROLLE DER COSI-UNTERSTÜTZUNGSGRUPPE

Die COSI-Unterstützungsgruppe erleichtert und unterstützt die Arbeit des COSI, insbesondere im Rahmen des EU-Politikzyklus. Sie sollte die Beratungen des COSI vorbereiten, indem sie entweder bestimmte (oftmals technische) Punkte zum Abschluss bringt, die auf ihrer Ebene abgehandelt werden können, oder indem sie die Beratungen für den COSI strukturiert. Fragen, die weiterer Vorgaben des COSI bedürfen, oder Fragen strategischer Art werden dem COSI zur Erörterung vorgelegt<sup>83</sup>.

### 12. FAZIT

Der COSI hat sich weiterhin für seine zentrale Aufgabe eingesetzt, zu gewährleisten, dass die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit innerhalb der Union gefördert und verstärkt wird. Nach wie vor verfolgte der COSI die Umsetzung des EU-Politikzyklus und steuerte künftige Entwicklungen. Der EU-Politikzyklus 2018-2021 stellt weiterhin ein Schlüsselinstrument für den Kampf der EU gegen organisierte und schwere internationale Kriminalität in den nächsten vier Jahren dar und bietet eine solide bereichsübergreifende Grundlage für die operative Zusammenarbeit verschiedenster Akteure. Der COSI wird bei den nächsten Schritten im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung eines erneuerten Politikzyklus, der 2022 beginnt, eine wichtige Rolle spielen.

Darüber hinaus wird der COSI bei vielen Themen während des nächsten Dreivorsitzes (Deutschland, Portugal und Slowenien) weiterhin eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, die notwendigen Reaktionen auf Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit der EU zu entwickeln.

---

<sup>81</sup> Dok. 6422/19.

<sup>82</sup> Dok. 5972/20.

<sup>83</sup> Dok. 8900/17.

**13. ANLAGE I - SITZUNGEN DES COSI UND DES COSI/PSK VON JANUAR 2019 BIS JUNI 2020**

<b>SITZUNG</b>	<b>DATUM</b>	<b>TAGESORDNUNG</b>	<b>Beratungsergebnisse</b>
COSI- Unterstützungsgruppe	4.2.2019	CM 1318/1/19 REV 1	
COSI	21.2.2019	CM 1319/19	6655/19
COSI/PSK	21.2.2019	CM 1607/19	
COSI- Unterstützungsgruppe	2.5.2019	CM 2629/1/19 REV 1	
COSI- Unterstützungsgruppe	8.5.2019	CM 2777/19	
COSI	14.5.2019	CM 2632/1/19 REV 1	9401/19
COSI- Unterstützungsgruppe- CIVCOM	12.6.2019	CM 2626/19	
COSI- Unterstützungsgruppe	22.7.2019	CM 3245/19	
COSI- Unterstützungsgruppe	11.9.2019	CM 3886/1/19 REV 1	
COSI/PSK	25.9.2019	CM 3875/1/19 REV 1	
COSI	26.9.2019	CM 3876/2/19 REV 2	12662/19
COSI- Unterstützungsgruppe	11.11.2019	CM 4549/1/19 REV 1	
COSI	19.11.2019	CM 4550/19	14696/19
COSI- Unterstützungsgruppe	6.2.2020	CM 1286/1/20 REV 1	
COSI	21.2.2020	CM 1383/20	6658/20
COSI- Unterstützungsgruppe	11.5.2020	CM 2092/20 (schriftliche Beiträge zu laufenden Dossiers)	9025/20
COSI	15.5.2020	CM 2142/1/20 REV 1 (Ersuchen um Beiträge)	9026/20
Informelle Video- und Telefonkonferenz COSI	15.5.2020	WK 4775/20	

## 14. ANLAGE II - ABKÜRZUNGEN

- KI: Künstliche Intelligenz
- ARO: Vermögensabschöpfungsstelle
- CBRN: chemisch, biologisch, radiologisch und nuklear
- CCC: gemeinsamer zentraler Lehrplan
- CCWP: Gruppe „Zusammenarbeit im Zollwesen“
- COSI: Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit
- GSVP: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- CT: Terrorismusbekämpfung
- EAD: Europäischer Auswärtiger Dienst
- EIGE: Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
- EIS: Europol-Informationssystem
- EMPACT: Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen

EU CTC: EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung

EU-SOCTA: Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der Europäischen Union

FTF: Ausländische terroristische Kämpfer

ISF: Fonds für die innere Sicherheit

HVG: hoher Zuschuss



- JADs: Gemeinsame Aktionstage
- JI-Rat: Rat (Justiz und Inneres)
- LEA: Strafverfolgungsbehörden
- LEWP: Gruppe „Strafverfolgung“
- LVG: niedriger Zuschuss
- MFR: Mehrjähriger Finanzrahmen
- NEC: Nationale EMPACT-Koordinatoren
- OAP: Operativer Aktionsplan
- OCGs: OK-Gruppierungen
- OCCP: Koordinierungsplattform betreffend die organisierte Kriminalität
- PSK: Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee

SIS: Schengener Informationssystem

THB: Menschenhandel

- TWP: Gruppe „Terrorismus“
- US DEA: US-amerikanische Drogenbehörde (United States Drug Enforcement Administration)
- WB-RAN: Netz für die Risikoanalyse in den westlichen Balkanstaaten

# 15. ANLAGE III - EMPACT - ALLGEMEINES INFORMATIONSBLETT ÜBER DIE OPERATIVEN AKTIONSPLÄNE 2019

EUROPOL PUBLIC INFORMATION



## GENERAL FACTSHEET OAPS 2019

### CRIMINAL FINANCES, MONEY LAUNDERING AND ASSET RECOVERY



**49** arrests  
**Seized: €6 800 104** in cash.  
Other: **18** vehicles, **165** cannabis plants  
**Assets seized: 200** bank accounts frozen

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: OP CARTON ROUGE**

**2** HVTs identified

### CYBERCRIME – ATTACKS TO INFORMATION SYSTEMS



**22** arrests  
**7** international investigations/operations supported  
**5** EMPACT action days executed  
**1** OCG and **9** high-value targets (HVT)  
**40 000** victims' data recovered, and **16** proxy servers identified; over **€550 000** in cash and cryptocurrencies  
**Taken down:** multi-million euro cryptocurrency laundering service Bestmixer, illegal online platform The Wall Street Market, illegal online platform Valhalla Marketplace

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: TAKE DOWN OF MULTI-MILLION EURO CRYPTOCURRENCY LAUNDERING SERVICE BESTMIXER**

Bestmixer was one of the three largest mixing services for cryptocurrencies. Achieved a turnover of at least **\$200m** (approx. 27 000 bitcoins) in one year, guaranteeing customers' anonymity

### CYBERCRIME – CHILD SEXUAL ABUSE AND CHILD SEXUAL EXPLOITATION



**58** arrests  
**39** victims identified  
**Seized: 21** childlike sex dolls  
**50%** increase of non-content files and warning files compared to 2018  
**22.3%** reduction in child sexual abuse material/files thanks to non-content files and warning files uploaded

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: VICTIM IDENTIFICATION TASKFORCE**

**19** victims identified and safeguarded, **1 914** series created and shared, **355** intelligence packages created

### CYBERCRIME – NON-CASH PAYMENT FRAUD



**475** arrests/detentions  
**1 306** international investigations supported/contributed  
**3** international operations supported/contributed  
**1** OCG dismantled  
**Identified: 60** HVTs, **1 370** fraudsters, **386** herders, **3 383** money mules, **4 757** victims  
**€17.9m** fraud prevention  
**Seized: €40 000** in cash  
Other: 120 fake university diplomas and other counterfeit documents, computers, luxury watches and other jewellery  
**Taken down: 300** Instagram accounts

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: E-COMMERCE ACTION (ECOMM 2019)**

**60** arrests  
Fraudulent transactions reported for a value of **€5 164 392.60**

### DOCUMENT FRAUD



**165** arrests  
**4** print shops dismantled  
**Seizures: 3 655** fraudulent documents  
Involved in: **9** JOINT ACTION DAYS

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: OP MARKO**

(Large-scale forgery of documents for migrant smuggling networks), **1** arrest, **1** fully equipped print shop dismantled  
**198** passports + **3 200** biodata single pages of original Greek and foreign passports, **172** identity cards, **90** driving licences, residence permits. Equipment: paper laminating and cutting devices, ink, etc

### DRUGS - CANNABIS, COCAINE AND HEROIN



**283** arrests  
**Seized: 37.2 tonnes** of cannabis resin, **10 tonnes** of cocaine, **8 tonnes** of acetic anhydride for heroin production, **500 kg** of heroin, **10 kg** of fentanyl, **€7m** in cash  
Other: **4** yachts, **1** vessel, **103** vehicles  
**Assets seized: 800** bank accounts frozen, **€27m** in properties and luxury goods

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: OPERATION BEAUTIFUL**

**4 tonnes** of cocaine seized, **€2m** in cash seized, **800** bank accounts frozen, luxury goods worth **€6m**, properties worth **€20m**  
Other: **3** yachts, **77** vehicles, **4** firearms

### DRUGS – NPS/SYNTHETIC DRUGS



**555** arrests  
**Seized: 11.3 tonnes** of pre-precursors (MAPA), **2.4 tonnes** of cocaine, **2.5 tonnes** of cannabis, **682 kg** of MDMA, **229 000** ecstasy pills, **247 kg** of methamphetamine, **€7.5m** in cash and cryptocurrency  
Other: **57** firearms, **16** cars and luxury goods  
**7** illicit laboratories dismantled

**OPERATIONAL HIGHLIGHT: LARGE SCALE JAD**

**11.3 tonnes** of pre-precursors, **1.3 tonnes** of cocaine, **19 000** ecstasy pills, **10 kg** of amphetamine, **6 kg** of MDMA  
**€60 000** in cash. Other: **6** firearms, **16** cars



## FACILITATED ILLEGAL IMMIGRATION



**2 601** arrests  
**86** OCGs identified/dismantled  
**Identified:** **19** facilitators, **508** over-stayers, **34** irregular migrants  
**Seized:** **2 875** documents, **€1.2m** in cash. Other: **3 556** mobile phones, **1** vessel, **37** vehicles, **2** trucks, **2** vans, **21** tractors, **7** boat engines, **57** firearms, **983** pieces of ammunition, **200 000** cigarettes, drugs

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: INVESTIGATION CASE

**13** arrests, **86** OCGs identified/dismantled, **70** HVTs identified  
**19** facilitators identified, **34** irregular migrants found,  
**508** over-stayers detected, **12 534** entry refusals, **4** print shops identified and dismantled, **1 081** internet referrals, **389** criminal proceedings against sham marriages, mobile phones and documents seized

## ORGANISED PROPERTY CRIME



**1 251** arrests  
**23** mobile organised crime groups dismantled  
**Seizures and assets seized:** value of the seizures and assets seized: **€4 444 424**

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: OP PANDORA IV

**64** arrests, **28 000** cultural goods seized, **158** criminal investigations initiated

## TRAFFICKING IN HUMAN BEINGS



**825** arrests  
**94** OCGs identified/dismantled  
**Identified:** **1** HVT, **8 824** suspects, **1 307** potential victims (including 69 minors)  
**Seized:** **€173 000**, **\$2 500**. Other: **6** vehicles, computers, mobile phones  
**Assets seized:** **€1.5m** frozen

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: LABOUR EXPLOITATION

**273** arrests, **323** potential victims identified, **100** new investigations

## MTIC FRAUD



**31** arrests  
**12** OCGs identified/dismantled  
**Tax evasion prevented:** **€8.7m**  
**Seized:** **€2.2m** in cash, **15** tonnes of goods. Other: **1** truck  
**Assets seized:** **€6.8m** seized/frozen

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: BALTIC REGION

**9** OCGs investigated, **€2.2m** in cash seized, vehicles and real estate worth **€1.8m**

## EXCISE FRAUD



**444** arrests  
**Seized:** **5 215 710 kg** of designer fuel, **7 880 litres** of mineral oil, **32 571 kg** of ethanol-like liquid, **956 866 kg** of tobacco, **348 272 731** pieces of cigarettes, **12 965 litres** of vodka, **235** pallets of alcoholic beverages and soft drinks, **€979 234** in cash. Other: **104** trucks, **78** trailers, **58** cars, **3** vans, **75** forklifts, **11** ISO containers, **4** weapons, IT equipment, machinery, large quantity of ingredients for fuel laundering  
**254** illicit tobacco production/storage/distribution facilities dismantled  
**Assets seized:** machinery/equipment for illegal production of tobacco (**137** production lines, **75** packaging lines, **61** cutting machines, **22** generators and huge quantities of precursors), illegal fuel filling stations and equipment for fuel distribution, real estate, luxury vehicles worth **€1.6m**, **186** bank accounts frozen  
**Tax evasion prevented:** **€370 361 417**

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: OPS CHAIN BRIDGE III/IV

**59** arrests, **5200 tonnes** of designer fuel, **€330 000** in cash and other assets seized, **186** bank account frozen  
 Other: **78** trucks, **78** trailers

## FIREARMS



**1 069** arrests  
**Seized:** **6 072** weapons, **59** weapon parts, **31 369** pieces of ammunition and **121** cartridges, **15** explosive improvised devices, **99** hand grenades, **4** blocks of TNT, **9** sticks of dynamite, **€2 774 305** in cash, **€4m** in cryptocurrency, **€35 000** in gold. Other: **299.5 kg** of drugs, **25 866 kg** of cocaine, **188 000** pills, **80 kg** of heroin  
**Taken down:** **50** dark web accounts

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: OP ARMES 72 AND WARDOGS

**152** arrests, **4 490** weapons seized, **9** sticks of dynamite, **€470 000** in cash

## ENVIRONMENTAL CRIME



**148** arrests  
**3** OCGs identified/dismantled  
**977** suspected individuals/legal entities identified  
**Seized:** **30 tonnes** of contaminated fishes, **2 471 kg** of illegal fisheries, **240 kg** of glass eels, **13** fishing boats, **4** boats, **1 030** tonnes of lead acid batteries (+ **9 630** tonnes under investigation), **224 207** batteries, **50 511kg** sets of solar batteries, **1 783.65 kg** of used batteries, **130** lithium batteries, **22** truck batteries, **12** car batteries, **340 kg** of waste, **23 394m<sup>3</sup>** of timber. Other: **3** tanks, **12** vehicles, **3** engines  
**Assets seized:** **€2 691 648** illicit profit

### OPERATIONAL HIGHLIGHT: OPS END OF LIFE BATTERIES

**15** arrests, **1** OCG dismantled, **5** potential HVTs identified  
**Seized:** **1 030 tonnes** of lead acid batteries (+ **9 630 tonnes** under investigation), **224 207** batteries, **50 511 kg** sets of solar batteries, **1 783.65 kg** of used batteries, **130** lithium batteries, **22** truck batteries, **12** car batteries